45. Kann ein zur Entgegennahme von Bestellungen im geschäftlichen Verkehr dienendes Formular als Schriftwerk im Sinne von § 1 Nr. 1 des Gesetzes, betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst, vom 19. Juni 1901 (RGBl. S. 227) angesehen werden?

IV. Straffenat. Ur. v. 9. Juli 1912 g. B. IV 490/12.

I. Landgericht Posen.

Die „Auskunftei B. Sch.“ zu B. benutzt zur Entgegennahme von Bestellungen auf Auskünfte ein sog. „Abonnementsbestellungsformular“, das die Geschäftsbedingungen enthält und von ihr nach den gemachten Erfahrungen, sowie unter Anpassung an das in den verschiedensten

Staaten geltende Recht entworfen ist. Der Angeklagte, Inhaber eines gleichartigen Unternehmens, hat dieses Formular mit unwesentlichen Änderungen ohne Einwilligung der Firma W. Sch. vervielfältigt und bedient sich seiner im Geschäftsbetrieb ebenfalls zum Abschluß von Abonnementsverträgen. Er ist deshalb wegen Nachdrucks verurteilt. Seine Revision, in der er u. a. die Eigenschaft des Formulars als eines Schriftwerks bestreitet, ist verworfen aus folgenden

Gründen:

„... Der Begriff des Schriftwerks ist nicht verkannt. Allerdings ist diese Eigenschaft allen Erzeugnissen zu versagen, die nur den Charakter mechanisch gefertigter Arbeiten an sich tragen und in keiner Weise die Aufwendung einer eigenen geistigen Tätigkeit erkennen lassen. Zu solchen werden vielfach gerade Vordrucke rechtsgeschäftlicher Art zu rechnen sein, weil bei ihnen Gedankeninhalt und Formgebung aus den behandelten Verhältnissen so unmittelbar folgen, daß selbst eine gefällige und zweckmäßige Gestaltung sich meist im Rahmen mechanischer Zusammenstellung bewegt und kein wirklich geistiges Schaffen bedeutet. Ob sich dies im Einzelfall anders verhält und ob sich dadurch auch ein „Formular“ als Schriftwerk im gesetzlichen Sinne darstellen kann, ist wesentlich Tatfrage. Für den hier vorliegenden Vertragsvordruck ist es von der Strafkammer bejaht, weil es sich um eine auf langjährigen Erfahrungen beruhende Zusammenstellung der durch die eigenartigen Rechtsverhältnisse zwischen Auskunftei und Bestellern bedingten vertraglichen Beziehungen handelt, wobei die einzelnen, zum Teil neuen Gedanken in eine knappe Form gekleidet sind. Es sind also die für die hier fraglichen Vertragsabschlüsse im gewerblichen Interesse erforderlichen Bedingungen in einer dem bestehenden Rechte entsprechenden Weise geregelt, in möglichster Kürze zusammengefaßt, und dabei ist sogar neuer Gedankenstoff verwertet. Daß hierin eine eigene geistige Urhebertätigkeit erblickt ist, läßt sich als rechtsirrtümlich nicht bezeichnen, entspricht vielmehr den in dieser Hinsicht vom Reichsgericht aufgestellten Grundsätzen, wie sie namentlich auch in den vom ersten Richter angeführten Urteilen des Reichsgerichts Entsch. in Straff., Bd. 41 S. 401 und Bd. 43 S. 229, ausgesprochen sind. . . .“